

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weitzen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 183

Mittwoch den 11. August 1920

79. Jahrg.

## Amtlicher Teil.

Wegen der Veränderung auf dem Holzmarkt ist die Durchführung der Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Erhöhung des Holzeinschlages usw. vom 29. November 1919 (RStBl. S. 1925) bis auf weiteres auszusetzen. Die Ausführungsbestimmungen vom 6. März 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 54 vom 6. März 1920) sind daher zurzeit als erledigt anzusehen.

Die Fortdauer der Verordnung des Arbeitsministeriums über Brennholz vom 8. Mai 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 105 vom 10. Mai 1920) wird hierdurch nicht berührt. Dresden, am 7. August 1920.

Wirtschafts- und Arbeitsministerium.

## 40 Mark Belohnung.

Auf der Staatsstraße zwischen km 9,7 und 11,7 in den Fluren Sora und Klipphausen sind in den letzten Tagen 16 Stück Baumschäger gestohlen worden. Wer Angaben macht, die zur Wiedererlangung der Baumschäger und Bestrafung der Täter führen, erhält obige Belohnung.

Weitzen, am 9. August 1920.

Reg. X 425

Die Amtshauptmannschaft.

## Nach Ziffer II der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter

Nach Ziffer II der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit vom 23. November 1918 darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Wenn in Abweichung hieron durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonn- und Festtage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verteilt werden. Diese Bestimmungen gelten auch für Lehrlinge.

Sämtliche Arbeitgeber und Lehrherren werden auf vorstehende Bestimmungen nochmals besonders hingewiesen mit dem Bemerkten, daß Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk., im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden. Wilsdruff, am 10. August 1920. Der Stadtrat.

## Anmeldung zum Bezuge billiger Bekleidungsgegenstände.

Der Kommunalverband will gleich anderen Kommunalverbänden versuchen, für die werktätige Bevölkerung billige Bekleidungsgegenstände zu kaufen und durch die Gemeinden abzugeben. — Bevor ein Kauf getätigt wird, möchte festgestellt werden, was überhaupt benötigt wird. Vordringend liegen vorteilhaft erscheinende Angebote vor über neue Röckermäntelchen zu ca. 28—30 Mark, neue Drillhosen zu ca. 58—60 Mark, gebrauchte, instandgesetzte und gefärbte Militärmäntel zu ca. 58—60 Mark (nur als Arbeitskleidung).

Wir fordern hiermit zu Bestellungen, die bis 13. August mittags 1 Uhr in unserer Kriegswirtschaftsabteilung Zimmer 10 abgegeben werden müssen, auf.

Wilsdruff, am 10. August 1920. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schankwirts Friedrich August Siegert in Weistroppe soll mit Genehmigung des Amtsgerichts Wilsdruff die Schlussverteilung stattfinden. Zu berücksichtigen sind 37,95 Mk. bevorrechtigte und 142.199,95 Mk. nichtbevorrechtigte Forderungen. Die verfügbare Masse beträgt 2847,97 Mk., wovon jedoch noch das im Schlusstermin festzusetzende Honorar des Gläubigerausschusses zu begleichen ist. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht niedergelegt.

Wilsdruff, am 7. August 1920.

Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Kronfeld, Konkursverwalter.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Reichskanzler Gehrenbach hat sein Amt als Stadtrat der Stadt Freiburg, das er 20 Jahre lang innegehabt hat, niedergelegt.

Die auf 2100 Gramm erhöhte Mehlration wird voraussichtlich vom 1. Oktober ab gewährt werden können.

Infolge des Beamtenstreiks im Saarrevier ist von den Franzosen über dieses Gebiet der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Nach einem Befehl der Wolwodschast Polen sind die politischen Redakteure ermächtigt, alle Deutschen, die irgendwelche Propaganda für Deutschland treiben, sofort zu erschließen.

Russland hat nochmals in Berlin erklären lassen, daß unter keinen Umständen beabsichtigt sei, die deutsche Grenze zu verletzen.

Lloyd George erklärte, daß die Alliierten die Tschoslowaken zu einem bewaffneten Einschreiten gegen Russland mit allem Nachdruck veranlassen werden.

Die Konferenz zwischen Lloyd George und Millerand in Suda wird voraussichtlich die Blockade Russlands beschließen.

Nach einer Radiomeldung aus Athen ist Dschemal Pascha, ehemaliger türkischer Kriegsminister, der bis jetzt in Malta eingekerkelt gehalten wurde, nach Konstantinopel gebracht worden, um dort abgeurteilt zu werden.

Nach Meldungen aus Kairo haben die Truppen Kemal Paschas Erzerum geräumt.

Unbefähigten Gerichts zufolge ist in Berlin die Republik ausgerufen und der Schab abgelegt worden.

## Generalangriff auf Warschau.

Vor dem letzten Schlag.

Auf dem polnisch-russischen Kriegsschauplatz ist nach wie vor das alte Spiel. Die Polen wollen und müssen in ihrer höchsten Not verhandeln, die Russen aber nehmen nicht einmal die funktentelegraphischen Notizen der Warschauer Regierung entgegen. Es ist klar, Warschau muß erst zu Fall gebracht werden. Und zu diesem letzten großen Schlag treffen die Russen nun alle Vorbereitungen.

Es werden starke bolschewistische Truppenkonzentrationen vor Warschau und im Norden der Stadt gemeldet. Man erwartet einen weitläufigen Angriff der roten Truppen, um den Sormarsch auf die Hauptstadt zu veranlassen. Weiter haben die Russen im Westen von Komja die Stadt Michonoff genommen und bei Drest-Bisowit die Stadt Terespol besetzt.

Im Raume von Siedlice tobten noch heftige Kämpfe. Ostka Brody wurden die Polen von der russischen Kavallerie in die Flucht geschlagen. Auch drücken die Bolschewiki kräftig gegen Lust vor.

## Der bedrohte Korridor.

Nachdem in Chorzele russische Kavalleriepatrouillen eingetroffen sind, scheinen die Polen mit einem russischen Einmarsch in das abgetretene deutsche Gebiet zu rechnen. In einem halben Tagesmarsch ist Rapierka, die östlichste Station des polnischen Korridors, zu erreichen. Hier beginnen die Polen Schützengraben auszuheben. Rapierka ist von Soldaten, das die polnischen Behörden räumen, und somit von der Bahn Warschau—Mlaw—Danzig nur 15 Kilometer entfernt. An der deutschen Grenze selbst, von der die Russen nach Möglichkeit in der angedeuteten 6-Kilometerzone sich fernhalten, sind neue Grenzüberreitungen nicht vorgekommen. Vielleicht wird von russischer Seite versucht werden, Braunsberg von Norden her zu umgehen, da hier das dedungslose Gleis eine leichte Verteidigung ermöglicht.

## Blockade Russlands.

In dem Ordnen Hütke beraten Lloyd George und Millerand, was gegenüber dem kaiserlichen Sowjetrusland und zugunsten Polens geschehen könne. Bestimmtes über die Entschlüsse weiß man nicht, nur wurde den dort weilenden Journalisten berichtet, daß die Ministerpräsidenten die Lage als sehr ernst betrachten. Nach dem „Matin“ will auch Frankreich Truppenabteilungen nach Polen vermelden, da sie sowohl in Frankreich wie England die Gefahr von Arbeiterunruhen heraufbeschwören würden. Es handelt sich also darum, so schreibt der „Matin“, unsere Macht gegen Russland anzuwenden, ohne einen einzigen Soldaten hinzuschicken. Die wichtigste Sache ist die Blockade Russlands, und zwar eine reißlos durchgeführte Blockade unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten. Admiral Beatty ist bereit, die englischen Schiffe werden binnen 48 Stunden auf ihren Posten sein. Russland wird weder Munition bekommen, noch Waren oder Lebensmittel. Die zweite Entscheidung, die in Hütke ins Auge gefaßt wird, bezieht sich auf den Teil Polens, der noch unbesetzt ist. Es wird beabsichtigt, zunächst eine feste Verteidigungslinie zu errichten, um die Verbindung durch den Danziger Korridor aufrechtzuerhalten. Andere Maßnahmen werden den Regierungschefs zur Genehmigung noch unterbreitet werden.

## Waffenstillstand und Vorfrieden.

Ein drahtloses Telegramm aus Moskau an die englische Regierung besagt: Die polnische Regierung teilt mit, daß sie bereit sei, Delegierte nach Wlinsk zu entsenden, um einen Waffenstillstand und einen Vorfrieden abzuschließen. Die bolschewistische Regierung ist deshalb der Ansicht, daß das von den Alliierten verfolgte Ziel, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Polen auf der Grundlage voller Unabhängigkeit Polens am schnellsten und einfachsten durch direkte Verhandlungen erreicht werden würde. Am Schluß des Telegramms gibt die bolschewistische Regierung der Überzeugung Ausdruck, die Alliierten würden anerkennen, daß die von ihnen angebotenen Ziele auf der bevorstehenden Konferenz in Wlinsk vollständig erreicht werden würden.

## Bersärfte Lage im Saargebiet.

Frankfurt a. M., 9. August.

Die Lage im Saargebiet hat sich bedeutend verschlimmert. Die Saarregierung erklärte den Belagerungszustand, da sich dem Beamtenstreik auch mehrere Arbeiterorganisationen angeschlossen. Eisenbahn und Post hatten mit dem Schläge 12 Uhr in der Nacht auf den 6. August ihre Tätigkeit eingestellt. Die Saarregierung verurteilte zunächst mit Hilfe der französischen Gendarmen und der marokkanischen Truppen die Beamten in ihren Wohnungen ausfindig zu machen und mit Gewalt zum Dienste zu zwingen. Einige wurden auf diese Weise zum Dienste gebracht, doch konnte natürlich der Betrieb damit nicht aufgenommen werden. Einzelnen Beamten haben die Militärorgane sogar Abführung in Ketten angedroht.

Am 7. August wurde die Lage dadurch verschärft, daß die französischen Militärbehörden den verschärfsten Belagerungszustand über das ganze Saargebiet verhängten. Die Regierung hatte inzwischen gegen eine ganze Reihe Personen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen angeordnet, und zwar insbesondere gegen Angehörige der deutschen Presse. So wurde gegen die Saarbrücker Zeitung die Verhaftung sämtlicher Redakteure bis auf zwei und auch des Verlegers angeordnet. Das gleiche ereignete sich bei der Saarbrücker Landeszeitung und der sozialdemokratischen Volksstimme. Außerdem wurden Hausdurchsuchungen in den Privatwohnungen der auf der Haillstraße lebenden Redakteure vorgenommen. In der Verfügung über den verschärfsten Belagerungszustand wird u. a. bestimmt, daß wegen Unterfunksgewährung an verfolgte Persönlichkeiten auf Justizhaus oder Todesstrafe erkannt werden kann. Die Bevölkerung ist über die Maßnahmen des französischen Militärs empört, verhält sich aber trotzdem ruhig. Dem Beamtenstreik haben sich auch die Beamten der französischen Saargrubenverwaltung angeschlossen. Sämtliche Arbeiterorganisationen haben den Beamten in ihrem Kampfe ihre Sympathie ausgesprochen. Die Wido-Kassell, daß der Ausstand noch weitere Kreise zieht und sich zu einem Generalstreik entwickelt, erscheint nicht ausgeschlossen.

Die französische Verwaltung versucht den Eisenbahnverkehr auf den für sie besonders wichtigen Strecken nach Mainz und Wiesbaden durch Verwendung französischer Genietruppen aufrechtzuerhalten. Doch ist das nur in beschränktem Umlange durchführbar. Der Vertreter des Saar-